

Einfluß der NRW-CDU in der Bundespartei gestärkt

Vier von zehn Bundesfachausschüssen der CDU Deutschlands werden von NRW-Unionspolitikern geführt. Auf diesen „wachsenden Einfluß“ der nordrhein-westfälischen Landespartei in der Union wies NRW-Generalsekretär Helmut Linssen hin. Angesichts der drängenden Probleme gerade in der Wirtschafts- und Energiepolitik Nordrhein-Westfalens sei es von „herausragender Bedeutung“, daß mit der stellvertretenden Landesvorsitzenden **Christa Thoben** an der Spitze des Fachausschusses Wirtschaft und mit

dem Dortmunder Bundestagsabgeordneten **Ludwig Gerstein** als Vorsitzendem des Energie-Ausschusses zwei Schlüsselpositionen von nordrhein-westfälischen Unionspolitikern besetzt seien. Aber auch an der Spitze der Bundesfachausschüsse, die die Ressortarbeit der Bundesminister Blüm und Süßmuth auf Parteiebene „begleiten“, stünden jetzt mit **Ruth Hieronymi** (Jugendpolitik) und **Hermann-Josef Arentz** (Sozialpolitik) zwei nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete, betonte Linssen.

Eckig, kantig, offen, mutig und sensibel

Mit diesen Worten kennzeichnete der Generalsekretär der CDU NRW, Dr. Helmut Linssen, nach der Klausurtagung der Vorstände von Landespartei, Landtagsfraktion und Landesgruppe im Deutschen Bundestag den Stil der Partei.

Im Kloster Marienthal bei Wesel waren die Politiker zusammengekommen, um die Arbeit dieses Jahres festzulegen. „Gemeinsam unser Land erneuern“ wurde als Motto gewählt. Künftig soll in Marienthal zu Beginn eines jeden Jahres ein solches Treffen stattfinden. Dr. Linssen: „**Marienthal könnte das Denksportzentrum der CDU NRW werden.**“

In die Montankonferenz beim Kanzler will die nordrhein-westfälische Union mit eigenen Vorschlägen gehen. In erster Linie müsse es darum gehen, öffentliche

Investitionen zu verstärken und private Investoren zu ermutigen.

Keine Pause bei Entbürokratisierung

Einfaches Recht und eine bürgernahe Verwaltung sind unser aller Wunsch. Deshalb hatte die Bundesregierung Helmut Kohl 1983 die Unabhängige Kommission für Rechts- und Verwaltungsvereinfachung des Bundes eingesetzt. Sie hat die Aufgabe, Vorschläge und Initiativen zur Entbürokratisierung vorzulegen, zu fördern und zu unterstützen.

Bisher sind über 1 500 Anregungen aus allen Gruppen in der Bevölkerung eingegangen und haben dazu beigetragen, daß die Entbürokratisierung ein Stück weit vorangekommen ist.

Kurz erläutert:

Quellensteuer

Die geplante Einführung der Quellensteuer auf Zinseinkünfte hat Kritik und Verwirrung hervorgerufen. Bei der Diskussion wird häufig übersehen, daß es sich dabei größtenteils nicht um eine zusätzliche Steuer handelt, sondern lediglich um eine Änderung der Erhebungstechnik. Ab 1989 sollen Zinseinkünfte bereits an der „Quelle“ mit einem 10%igen Abgabesatz — sozusagen als Abschlagszahlung auf die endgültige, nach den individuellen Verhältnissen berechnete Steuerschuld — belegt werden. In diese Regelung sollen Zinsen aus Bankeinlagen, aus festverzinslichen Wertpapieren sowie Überschußanteile von Lebensversicherungen (bisher steuerfrei) einbezogen werden. Von der Quellensteuer ausgenommen bleiben Sparguthaben mit gesetzlicher Kündigungsfrist von drei Monaten, Emissionen ausländischer Schuldner sowie Zinserträge von Steuerpflichtigen, die im Jahr weniger als 24 000 DM (Ledige) bzw. 48 000 DM (Verheiratete) Gesamteinkommen versteuern. Im letzten Fall muß der Bank allerdings eine Nichtveranlagungs-Bescheinigung des Finanzamtes vorgelegt werden.

Die einbehaltenen Steuern sollen von den Banken anonym, d. h. ohne Aufschlüsselung ihrer Kunden, an das Finanzamt abgeführt werden; die Institute fungieren quasi als Inkassostellen. Dieses Verfahren ist nicht neu und wird bereits bei der Versteuerung von Aktiendividenden praktiziert. Auch die Lohnsteuer wird an der Quelle — vom Arbeitgeber — einbe-

halten und direkt an das Finanzamt weitergeleitet.

Zwischen Kapitaleinkünften, die den Finanzämtern gemeldet werden, und den statistisch erfaßten Geldvermögenserträgen der privaten Haushalte klafft eine Lücke, die nicht allein mit der Steuerfreiheit von Zinserträgen aus dem Versicherungssparen sowie mit bestehenden Freibeträgen und Freigrenzen zu erklären ist. Ein gewisser steuerpflichtiger Teil der Zinsen wird also am Finanzamt vorbeimogelt. Das Quellenbesteuerungsverfahren soll zu einer größeren Steuergerechtigkeit und zu Steuereinnahmen führen. Natürlich müssen die Zinseinkünfte auch weiterhin in der Einkommensteuererklärung bzw. beim Lohnsteuerjahresausgleich angegeben werden; die Quellensteuer wird dann mit der zu zahlenden Einkommensteuer verrechnet.

Quelle: Johannes Korz
Presseabteilung Deutsche Bundesbank

Hohe Auszeichnung für Großkortenhaus

Carl Gustav VI., König von Schweden, hat durch seinen Botschafter in Bonn den Mitarbeiter der CDU-Landesgeschäftsstelle, Johannes Großkortenhaus, für Verdienste als Sozialattaché bei der Deutschen Botschaft in Stockholm im Rahmen der deutsch-schwedischen Zusammenarbeit zum Ritter des Königlichen Nordsternordens 1. Klasse ernannt.

Mit dieser Ehrung findet ein Berufsleben Anerkennung, das über Jahrzehnte im Dienst der Christlich Demokratischen Union und der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft gestanden hat. Johannes Großhortenhaus ist in diesen Tagen aus den Diensten der CDU ausgeschieden.

Junge Union: Mehr Mut in der Deutschlandpolitik

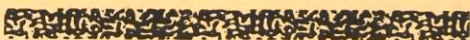
Zu einer gemeinsamen deutschlandpolitischen Arbeitstagung waren die JU NRW und die Landesvereinigung der Jungen Generation des Bundes der Vertriebenen NRW zusammengekommen. Im Mittelpunkt der Tagung standen die Menschenrechtsverletzungen in der DDR und östlich der Oder-Neiße-Linie sowie die Frage, ob es zur Zeit konkrete Schritte zur Wiedervereinigung Deutschlands gibt.

In der gemeinsam verabschiedeten Erklärung heißt es u. a.:

Junge Union NRW und Junge Generation des Bundes der Vertriebenen NRW sind sich einig, daß die politischen Parteien mehr Mut zu einem aktuellen Konzept für die Wiedervereinigung Deutschlands aufbringen sollten. Es genügt nicht, nur die deutsche Frage offen zu halten, sie muß auf der Tagesordnung der Politik stehen. Dem wachsenden Interesse auch der jungen Menschen an den sozialen, kulturellen und politischen Fragen ganz Deutschlands muß mit einer umfassenden Bildungspolitik begegnet werden. Die Landesregierung von NRW wird aufgefordert, im Sinne des verfassungsrechtlichen Auftrags, wie das Bundesverfas-

sungsgericht festgestellt hat, aktiv zu werden.

Hier heißt es: „Kein Verfassungsorgan der Bundesrepublik Deutschland darf die Wiederherstellung der staatlichen Einheit als politisches Ziel aufgeben, alle Verfassungsorgane sind verpflichtet, in ihrer Politik auf die Erreichung des Zieles hinzuwirken — das schließt die Forderung ein, den Wiedervereinigungsanspruch im Inneren wachzuhalten und nach außen beharrlich zu vertreten — und alles zu unterlassen, was die Wiedervereinigung vereiteln würde.“



CDU: Jugendschutz bleibt auf der Strecke

Die SPD-Landtagsfraktion entzieht sich nach Auffassung des jugend- und familienpolitischen Sprechers der CDU-Landtagsfraktion, Antonius Rüsenberg, in unverantwortlicher Weise ihrer Aufgabe im Bereich des Jugendschutzes. Sie hat die bisher noch im Haushaltsplan 1988 vorgesehenen Mittel zur Förderung von Jugendschutzmaßnahmen und zur Förderung der Beschäftigung von ausgebilde-

Das neue **BILDUNGSPROGRAMM** der Jungen Union Nordrhein-Westfalen kann ab sofort unter folgender Anschrift bezogen werden:

Landessekretariat der Jungen Union NRW
Norbert Solberg, Wasserstraße 5, 4000 Düsseldorf,
Telefon (02 11) 1 36 00 55

ten hauptberuflichen Fachkräften auf dem Gebiete des Jugendschutzes bei den Trägern der öffentlichen Jugendhilfe in Höhe von 1 092 000 DM ersatzlos gestrichen. Sie begründet ihre Entscheidung damit, daß der Jugendschutz eine kommunalpolitische Aufgabenstellung sei.

Eine jahrelange Förderungspraxis hat damit ein jähes Ende gefunden. So läßt die SPD die Kommunen mit einer wichtigen Aufgabenstellung alleine. Die SPD-Landesregierung nimmt eine wichtige jugendpolitische Aufgabenstellung nicht mehr in ausreichendem Maße wahr.

Termine

1.	2. 1988	11.00 Uhr	FV NRW Geschäftsführender Landesvorstand mit dem Landesfrauenrat	Bonn
4.	2. 1988	16.00 Uhr	LFA Entwicklungspolitik	Bonn
10.	2. 1988	17.00 Uhr	Medienkommission	Düsseldorf
10.	2. 1988	17.00 Uhr	LFA Deutschl., Außenpol.	Düsseldorf
18.	2. 1988	10.00 Uhr	KPV NRW und CDU-Landtagsfraktion — Hearing —	Düsseldorf
19.	2. 1988	—	LFA Sport	
26.	2. 1988	15.00 Uhr	Landesvorstand	
26.	2. 1988	—	Europakonferenz Klausur des Vorstandes	Bad Godesberg
5.	3. 1988	10.00 Uhr	CDA-Landestagung	Oberhausen
7.	3. 1988	19.00 Uhr	LFA Wirtschaft	Düsseldorf
12.	3. 1988	—	4. JU-NRW-Tag	Wuppertal
12.	3. 1988	—	Europakonferenz, Mitgliederversammlung	Mönchengladbach
18.	3. 1988	15.00 Uhr	Landesvorstand	
22.	4. 1988	—	Fachkongreß „Technik“	Siegen
23.	4. 1988	—	Fachkongreß „Insolvenzrecht“ WIV und LACDJ	Düsseldorf
29.	4. 1988	15.00 Uhr	Landesvorstand	Unna
7.	5. 1988	—	Fachkongreß „Schule“	Werl
17.	5. 1988	14.00 Uhr	LFA Kulturpolitik	Bielefeld
26.	5. 1988	18.00 Uhr	Vorsitzendenkonferenz	Münster
27.	5. 1988	15.00 Uhr	Landesvorstand	Düsseldorf
12.	6. 1988 bis 16. 6. 1988		Bundesparteitag	Wiesbaden
25.	6. 1988	—	EAK-Landestagung	Kleve
1.	7. 1988	15.00 Uhr	Landesvorstand	